

SCHNELLER IST GRÜNER

Warum raschere Genehmigungsverfahren für den Erfolg von Energie- und Mobilitätswende entscheidend sind.

GENEHMIGT!



Österreichische Post AG,
 MZ 03Z034897 M
 Vereinigung der österreichischen Industrie,
 Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



ANALYSE
 Was die COP26 bringt und wo weitere Schritte nötig sind

Seite 4



INITIATIVE
 Technische Berufe sind keine reine Männerdomäne mehr

Seite 8



WIEN
 Stopp für Lobautunnel schadet Standort

Seite 11

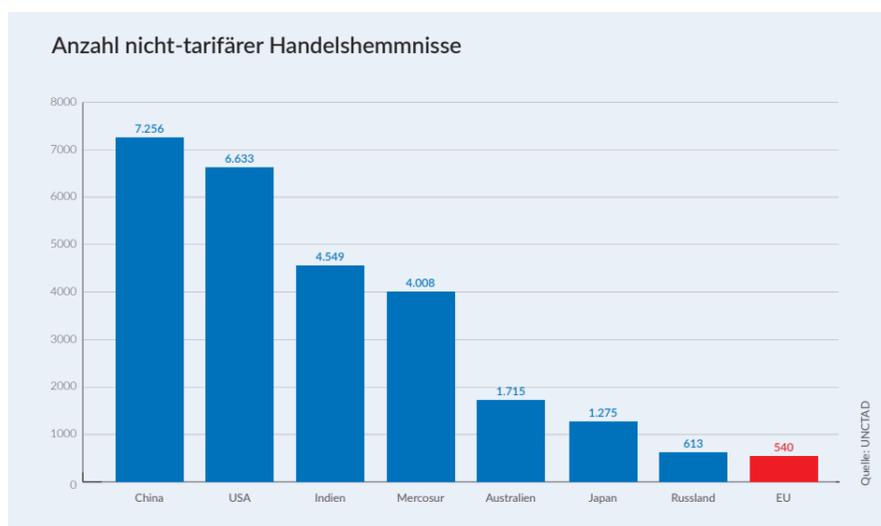
Warum die Welthandelsorganisation ein Update benötigt

Die WTO-Ministerkonferenz wurde zwar wegen Corona verschoben. Dass Reformen im Welthandel notwendig sind, zeigen IV-Experten für internationale Beziehungen und Märkte.

Von „verhaltenen Erfolgen“ bis zur „Enttäuschung auf ganzer Linie“: Medien titelten über Ergebnisse der WTO-Ministerkonferenzen in den vergangenen Jahren wenig euphorisch. Dabei steht für die Welthandelsorganisation beim nächsten Treffen des höchsten WTO-Organs – das für Dezember geplant gewesen wäre und wegen Corona verschoben wurde – viel auf dem Spiel: Es geht um nichts weniger als die Handlungsfähigkeit der 164 Staaten umfassenden Institution.

Rechtsschutz gewährleisten

Im Vorfeld hat sich die Industrie massiv gegen den Vorschlag für eine vorübergehende Aufhebung des Patentschutzes für Corona-Impfstoffe ausgesprochen. So verwies etwa der Branchenverband Pharmig auf Prognosen, wonach die Produktion bis Ende 2021 ohnehin mindestens elf Milliarden Dosen erreicht haben wird. Gerade forschungsintensive Pharmaunternehmen hätten mit der Entwicklung und Produktion der Vakzine in kürzester Zeit einen gewaltigen Beitrag geleistet, der Menschen wirksam schützt. Für diese außerordentliche Leistung sei der Schutz geistigen Eigentums ein zentraler Faktor, argumentiert die IV. Generell müssen Rechtsschutz und Rechtssicherheit für innovative Unternehmen zu jeder Zeit gewährleistet werden – ansonsten könnte dies zu einem massiven Rückschritt und einer Investitionshemmung bei Forschung und Entwicklung führen.



Nicht-tarifäre Handelshemmnisse (z.B. unterschiedliche technische Standards, etwa doppelte Zertifizierungsverfahren oder technische Regulierungen) erschweren den Handel. Der internationale Vergleich zeigt, dass andere Länder und Regionen deutlich mehr Hürden aufgebaut haben als die EU.

Faire Spielregeln für alle Teilnehmer

Außer Diskussion steht zudem, dass das Regelwerk der 1994 gegründeten Organisation dringend ein Update benötigt: Eine der Errungenschaften der WTO, die Streitschlichtung bei Handelsdisputen, ist gelähmt, weil die USA seit Jahren die Ernennung neuer Berufungsrichter blockieren. Die Berufungsinstanz ist deshalb seit Dezember 2019 handlungsunfähig. Auch Chinas wirtschaftlicher Aufstieg spiegelt sich nicht in der WTO wider. Die zweitgrößte Volkswirtschaft

der Welt hat nach wie vor den Status eines Entwicklungslandes, wodurch bei WTO-Abkommen und -Regeln oft schwächere Auflagen oder längere Übergangsfristen gelten. Weiteren Reformbedarf ortet die Industrie bei wettbewerbsverzerrenden Subventionen: Diese sollten stärker geahndet werden – vor allem jene, die zur bewussten Produktion von Überkapazitäten führen und Marktpreise destabilisieren. Weitere Themen sind ein entschiedenes Vorgehen gegen erzwungene Technologietransfers und damit

eng verbunden auch ein stärkerer Schutz des geistigen Eigentumsrechts.

Für die Industrie ist klar: Insgesamt braucht es faire Spielregeln für alle Marktteilnehmer. Das derzeitige Welthandelssystem ist an vielen Stellen nicht mehr zeitgemäß und muss dringend an die Anforderungen der Gegenwart und Zukunft angepasst werden. Insbesondere das vergangene Jahrzehnt, in dem dynamische Volkswirtschaften wie China oder andere asiatische Staaten am Welthandel stärker partizipieren, zeigt, dass der globale Handel zunimmt. Laut UN-Konferenz für Handel und Entwicklung dürfte dieser trotz Pandemie heuer den Rekordwert von knapp 25 Billionen Euro Gesamtumfang erreichen. Das entspricht einem Plus von elf Prozent gegenüber 2019. Von einem Ende der Globalisierung kann daher keine Rede sein. Auch deshalb wäre eine handlungs- und entscheidungsfähige WTO gerade für eine Exportnation wie Österreich wichtig: Zusatzzölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse – etwa Konformitäts- und Anerkennungsverfahren aufgrund unterschiedlicher Standards – sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Es ist höchste Zeit, gegenzusteuern.

WEBTIPP

Die ausführliche IV-Analyse „Die WTO zukunftsfit machen“ finden IV-Mitglieder im Mitgliederbereich auf www.iv.at.

GASTKOMMENTAR

Arbeitskräfte: Austria's most wanted

In Österreich bleiben viel zu viele Stellen unbesetzt. Das bremst die Wirtschaft unnötig aus. Die Politik könnte einiges dazu beitragen, um die Lage am Arbeitsmarkt zu verbessern.

Im Oktober 2021 verzeichnete das Arbeitsservice AMS genau 112.155 offene Stellen, die hierzulande nicht besetzt werden können. Diese Zahl bildet nicht alle Stellen am Markt ab, aber allein ihre Dynamik gibt schon Anlass zur Besorgnis: 2012 waren es noch weniger als 30.000, im Jahr 2019 fast 80.000. Weil viele hochqualifizierte Jobs erst gar nicht über das AMS ausgeschrieben werden, ist die tatsächliche Zahl der unbesetzten Stellen noch höher – der Wirtschaftsbund spricht von überwältigenden 270.000. Nicht nur in den „traditionellen“ Branchen werden Arbeitnehmer gesucht. Wir stecken außerdem mittendrin in einem Standortwettbewerb um die „mobilen“ Kräfte, die vorwiegend in Hochtechnologie-Branchen gebraucht werden und als „digitale Nomaden“ von überall auf der Welt arbeiten können.

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Richard Baldwin hat schon lange vor der COVID-19-Pandemie vom „unbundling“ – einer Entflechtung – gesprochen, und dabei auch die Entkopplung von der physischen Präsenz am Arbeitsplatz und der damit erarbeiteten Wertschöpfung beschrieben:

Wir können die Leistungen unserer Gehirne grenzübergreifend teilen, ohne dabei vor Ort anwesend zu sein. In der COVID-Krise zeigt sich nun auch in der Breite, dass die Telepräsenz eine durchaus praktikable und kostengünstige Angelegenheit ist. Ebenfalls Teil der von Baldwin zitierten Entflechtung ist die Entkopplung von Menschen und ihren manuellen Dienstleistungen. Diese wird als „Telerobotik“ bezeichnet: Menschen bedienen an einem Ort einen Roboter, der an einem anderen Ort bestimmte Aufgaben ausführt. Die Telerobotik gibt es bereits, aber sie ist teuer und die Roboter sind noch zu wenig flexibel. Es wird aber erwartet, dass diese Entwicklung gerade in den Industriebetrieben wichtiger werden wird.

Diejenigen, die ihren Job digital von überall auf der Welt erledigen können, sind in einigen Ländern, auch in Europa, bereits auf dem Radar der Politik: Deutschland, die Tschechische Republik, Portugal, Norwegen und Estland haben ein Visa-System für hochqualifizierte Nomaden eingeführt; im vergangenen Jahr hat sich Kroatien dieser Gruppe angeschlossen. Das Einkommen all jener, die als Angestellte oder Freiberufler

für ein ausländisches Unternehmen tätig sind, ist in Kroatien von der Besteuerung befreit. Ähnliche Vorteile winken in Dänemark und Griechenland. Das setzt Hochsteuermächtern – und dazu gehört auch Österreich – zunehmend der Gefahr aus, hochqualifizierte Arbeitskräfte zu verlieren, weil sie sich einen anderen Lebensmittelpunkt aussuchen. Gleichzeitig tut sich Österreich aber immer noch schwer damit, die seit Jahren geforderte Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte durchzuführen.

Was müssen wir tun, um in diesem Wettbewerb um die besten Köpfe nicht abgehängt zu werden? Für diese Menschen zählen ganz einfache Kriterien: die Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeit, die hierzulande im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch ist, das Ausmaß an regulatorischen Hürden, wenn es darum geht, selbständig erwerbstätig zu sein, sowie natürlich die Qualität der digitalen Infrastruktur. Darüber hinaus legen sie Wert auf eine hohe allgemeine Lebensqualität und ein gutes Gesundheits- und Bildungssystem. Wer also möchte, dass mobile Arbeitskräfte ihren Steuersitz in Österreich behalten, wer die

Wirtschaft unterstützen will, indem offene Stellen endlich besetzt werden, muss diese Standortfaktoren verbessern. Die Politik schafft die notwendigen Rahmenbedingungen. Sie ist jetzt am Zug.



Priv.-Doz. Dr. Monika Köppl-Turyna ist Direktorin des Wirtschaftsforschungsinstituts EcoAustria. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Öffentliche Finanzen, Verteilungsfragen, Arbeitsmarkt und Fragen der politischen Ökonomie.

Foto: Fotostudio Weinmann

Mit Strategie in die Zukunft – und zum Erfolg

Die Erfolge des zu Ende gehenden Jahres 2021 und die Schwerpunkte für 2022 sind trotz fordernder Zeiten ein starkes Fundament für die Arbeit unserer Unternehmen.

Gerade in politisch turbulenten und in pandemiebedingt herausfordernden Zeiten ist der servindustrielle Sektor ein bedeutender Anker für Österreich: Mehr als zwei Drittel der wirtschaftlichen Erholung sind den Leistungen von Industrie und industrienahen Dienstleistungen zu verdanken. Der produzierende Sektor und damit verbundene Bereiche sind das Rückgrat von Wachstum und Wohlstand in Österreich. Und das soll auch in Zukunft so sein.

Das kommende Jahr 2022 kann und wird ein chancenreiches Jahr für unsere Unternehmen sein, wenn wir in Österreich den richtigen Rahmen für wettbewerbsfähiges Wirtschaften sicherstellen können. Dafür haben wir als Industriellenvereinigung heuer wichtige Weichenstellungen in Umsetzung bringen können, etwa die Ausweitung der nunmehr sieben Mrd. Euro starken Investitionsprämie, mehr FH-Plätze mit Digital-Fokus, das Ende des Kumulationsprinzips beim Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz, die angekündigte Entlastung in der Steuerreform mit KöSt-Senkung und Investitionsfreibetrag oder die weitere

Stärkung der angewandten Forschung mit dem „Fonds Zukunft Österreich“.

In diesem Sinn soll es auch im kommenden Jahr weitergehen. Mit unserer neuen Industriestrategie, die wir gemeinsam mit mehr als 900 IV-Mitgliedern erarbeitet haben, haben wir dafür einen umfassenden Masterplan. Besonders wichtig für den Industrie- und Standorterfolg in der Zukunft:

- Für die Bereitstellung der notwendigen Fachkräfte braucht es jetzt einen breit gefächerten Maßnahmen-Mix, von der Aus- und Weiterbildung über die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie höhere Berufstätigkeit von Frauen und Älteren bis zur qualifizierten Zuwanderung.
- Vernünftige Klimapolitik muss mit und darf nicht gegen die Industrie gestaltet werden. Ziel muss es sein, das Klima zu schützen und sicherzustellen, dass (energieintensive) Produktion im Land weiter möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Wichtiger Baustein sind zudem raschere Genehmigungsverfahren, wie unsere Titelgeschichte zeigt.



„Was Energie- und Ressourceneffizienz betrifft, gibt es in Europa sehr viele gute Unternehmen. Und über die weltweite CO₂-Bepreisung auch die Möglichkeit, zu einer Wirtschaftsmacht globaler Relevanz zurückzukehren. Österreich könnte zu einer Exportnation für energieeffiziente Lösungen werden.“

Martin Hagleitner
CEO Austria Email AG

- Die digitale Transformation soll für unsere Betriebe und den Standort zur Erfolgsgeschichte werden. Mit unserem Aktionsplan „Digital.Erfolgreich.Industrie. – Transformation zum digitalen Österreich 2030+“ haben wir konkrete Lösungsempfehlungen erarbeitet, die jetzt umzusetzen sind.

In diesem Sinn: Unsere Erfolge 2021 und die Schwerpunkte für 2022 sind – trotz überaus fordernder Zeiten – ein starkes Fundament für den weiteren Erfolg unserer Unternehmen und damit für ganz Österreich.

Im Namen der Industriellenvereinigung darf ich Ihnen gesegnete Weihnachten und viel Erfolg im Neuen Jahr wünschen!

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

„Grüner Stahl ist zu Beginn teurer Stahl. Dennoch bin ich ein starker Befürworter, weil wir als Europäer und Österreicher eine Vorreiterrolle einnehmen können. Das ist die Zukunft. Wir als Industrie sehen uns als Teil der Lösung.“

Matthias Unger
Vorsitzender der Jungen Industrie
CEO Unger Steel Group

„Um unsere hohe wirtschaftliche und gesellschaftliche Standortqualität zu erhalten, vor allem aber um die notwendige Energie- und Verkehrswende tatsächlich umzusetzen, ist ein deutlich beschleunigter Infrastrukturausbau notwendig.“

Günther Ofner
Vorstandsdirektor Flughafen Wien AG

IV-MEINUNG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 7. Dezember war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter: www.iv.at

AKTUELLES IN KÜRZE

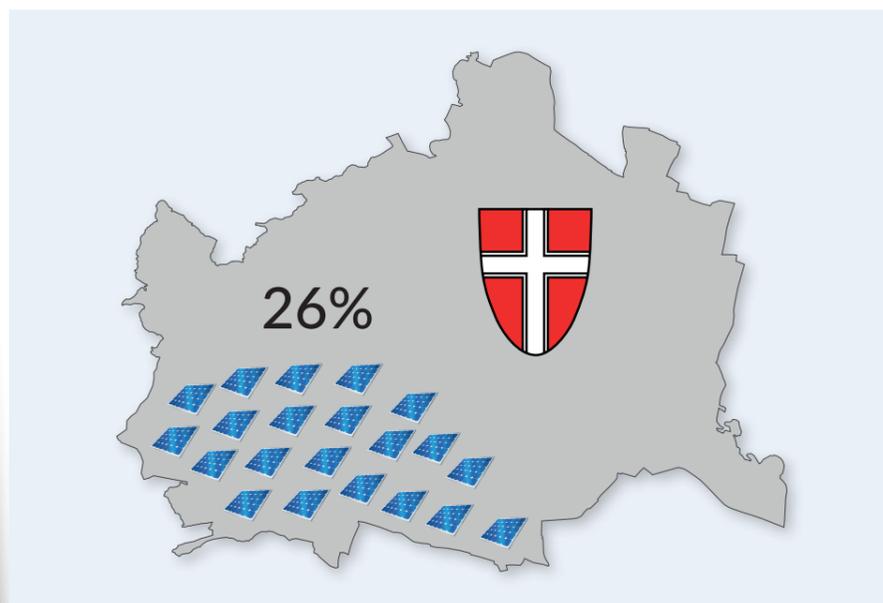
POSTING DES MONATS



GRAFIK DES MONATS

2030 soll der österreichische Stromverbrauch zu 100 Prozent (bilanziell) aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden. Zur Erreichung des ehrgeizigen Ziels sollen laut Regierungsprogramm unter anderem rund

elf TWh aus Photovoltaik-Energie zugebaut werden, ein Großteil davon aus Gebäude-Anlagen. Überschlagen benötigt man dafür eine Fläche von ca. 110 km² – das entspricht in etwa 26 Prozent der gesamten Fläche Wiens.



ZAHL DES MONATS

772.000

Exporte sichern Arbeitsplätze und Wohlstand

EU-Exporte zu Drittstaaten sichern laut aktuellen Berechnungen der EU-Kommission allein in Österreich 772.000 Arbeitsplätze und 38 Millionen Jobs in der gesamten EU – das sind um 75 Prozent mehr als noch vor 20 Jahren. Gerade in Zeiten von COVID-19 sind eine offene Handelspolitik und bestmöglicher weltweiter Marktzugang entscheidend für den zukünftigen Erfolg heimischer Unternehmen auf internationalen Märkten – damit Arbeitsplätze und Wohlstand im Land auch weiterhin erhalten bleiben.



Was die COP26 für das Klima bringen kann und wo weitere Schritte nötig sind

Die UN-Klimakonferenz hat sinnvolle politische Zusagen gebracht. Allerdings kann die EU das Klima nicht alleine retten. Zudem müssen Hürden für Klimainvestitionen abgebaut werden, wie eine IV-Analyse zeigt.

Vom „historischen Kompromiss“ bis zum „verpassten großen Wurf“ – die Reaktionen auf die Ergebnisse der UN-Klimakonferenz in Glasgow (COP26) fielen höchst unterschiedlich aus. Doch was wurde beschlossen und wie sieht das Resümee der heimischen Industrie aus?

Im Abschlusspapier bekennen sich die Staaten deutlicher als bisher zum Ziel, die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Konkretisiert wurde zudem die technische Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, etwa bei den Regeln für einen internationalen Emissionshandel. Vereinfacht gesagt, sollen Länder für die Förderung von Klimaschutz im Ausland Emissionszertifikate erhalten, die sie ihrer Klimabilanz anrechnen können. Jene Staaten, die bisher keine oder keine ausreichenden Klimaziele vorgelegt haben, sind erneut aufgefordert ihre nationalen Klimapläne nachzubessern. Außerdem haben alle Länder zugestimmt, bis 2024 ihre Emissionen den Vereinten Nationen zu melden. Das soll die Vergleichbarkeit von Treibhausgasen ermöglichen und mehr Transparenz schaffen.

Für die IV weisen die politischen Zusagen in die richtige Richtung – etwa jene zum Schutz der Wälder, der stärkeren Beachtung von Methanemissionen (Reduktion bis 2030 um fast ein Drittel), die aufgestockten Finanzierungszusagen für Entwicklungsländer, höhere



China, USA und Indien verursachen derzeit die Hälfte aller globalen CO₂-Emissionen. Entscheidend ist, dass neben der EU auch andere Wirtschaftsräume ambitionierte Ziele verbindlich umsetzen.

Klimazielerklärungen insbesondere aber auch die Ermöglichung des oben genannten Internationalen Emissionshandels um nur einige Beispiele zu nennen.

Klimaschutz-Vorreiter EU

Allerdings wird das nicht ausreichen, um den Klimawandel wirkungsvoll zu begrenzen. Denn Klimaschutz bedeutet auch massive

Investitionen, etwa in Forschung oder in Infrastruktur wie Schienen, Stromtrassen, Wasserstoffpipelines, Wasserkraftwerke etc. „Wirtschaft und Industrie haben längst ihre Rolle im Kampf für den Klimaschutz gefunden und tragen entscheidend zu dessen Bewältigung bei. Doch nach wie vor behindern zahllose Hürden auf nationaler wie auch internationaler Ebene diese Investitionen“, erklärte IV-Präsident Georg Knill, der den damaligen Bundeskanzler Alexander Schallenberg zur COP26 begleitet hatte. Konkret geht es etwa um überlange Genehmigungsverfahren (alleine das UVP-Verfahren für das Speicherkraftwerk Kühtai dauerte 11 (!) Jahre) oder die Gefahr von Carbon Leakage – also die Verlagerung von klimaeffizienter Produktion aus der EU in andere Teile der Welt mit geringeren Standards, was zu höheren Emissionen führt.

Glasgow hat aber auch eines deutlich gezeigt: Mit der beschlossenen Zielsetzung, bis 2030 die Treibhausgasemissionen um 55 Prozent zu reduzieren, ist die EU Vorreiter in Sachen Klimaschutz. China und die USA sind davon meilenweit entfernt. Dabei sind die Pro-Kopf-Emissionen der EU schon jetzt nur rund halb so hoch wie etwa in den USA und mittlerweile sogar geringer als jene Chinas. Umso wichtiger ist es daher, dass auch andere Wirtschaftsräume ihre Ziele nachbessern. Das bedeutet, nicht nur anzukündigen, sondern auch rechtlich zu verankern und umzusetzen. Und genau damit würde der große Wurf für wirksamen Klimaschutz gelingen.

Zukunftsfrage für die Industrie: Fachkräfte dringend gesucht

Arbeitsplätze zu vergeben, aber keine geeigneten Bewerber in Sicht – ein Problem, vor dem zahlreiche Unternehmen vor allem in industriestarken Regionen stehen. Und es wird größer.

Die Corona-Pandemie bestimmt seit fast zwei Jahren das Leben und Arbeiten. Unübersehbar, dominierend, allgegenwärtig ist sie ein Thema, an dem man nicht vorbeikommt. Und eines, das ablenkt. Denn es gibt noch andere Herausforderungen, die für den Wirtschaftsstandort kaum weniger drängend sind. Acht von zehn Unternehmen haben Schwierigkeiten bei Stellenbesetzungen im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Corona hat den Mangel an Fachkräften weiter verschärft.

Berufsorientierung massiv ausbauen

Die Bewerbungen für Lehrstellen in der Industrie schwächeln, es zeichnet sich im Moment sogar ein Rückgang gegenüber 2020/21 ab. Das hat Gründe, die vermeidbar wären. Einerseits herrscht aufgrund der nach wie vor unsicheren Corona-Lage Zurückhaltung bei fixen Entscheidungen für Ausbildungen – man bleibt lieber im „sicheren Hafen“ Schule. Andererseits kann man sich durch die diversen pandemiebedingten Einschränkungen schwerer ein Bild machen – Schnuppertage und Lehrlingsmessen sind dünner gesät als normalerweise.

Die Industrie plädiert daher dafür, neben den individuellen Schnuppermöglichkeiten auch die Berufsorientierungsveranstaltungen an den Schulen so bald als möglich nicht nur wieder aufzunehmen, sondern verstärkt anzubieten – natürlich unter maximalen Sicherheitsvorkehrungen. Ziel muss es sein, jungen Menschen auch trotz Corona ein Maximum an Orientierungsmöglichkeiten zu erhalten. Unabhängig von der Pandemie-situation muss die in den Lehrplänen verankerte Bildungs- und Berufsorientierung auch tatsächlich für alle Zehn- bis 14-Jährigen umgesetzt werden.

Fachkräfte Fixpunkt auf IV-Agenda

Tatsache bleibt jedoch: Die „Skills“-Entwicklung in Österreich hat Lücken – trotz umfangreicher Forschung und eines vielseitigen Aus- und Weiterbildungssystems. Die Industrie empfiehlt daher eine neu zu errichtende Stelle – ein „Skills Development Austria“ –, die Forschungsergebnisse in konkrete Empfehlungen überträgt, die Ministerien, Länder und Bildungsträger gezielt bei Entscheidungen unterstützt. Gerade das kann ein wichtiger Baustein einer Gesamtstrategie zu Fachkräfte- und

Arbeitskräfteentwicklung sein, wie sie vonseiten der Bundesregierung dringend benötigt wird. Seitens der IV wird es in den kommenden Monaten daher umfangreiche Aktivitäten zum Thema Fachkräfte geben – vom medialen Fokus, dem Vernetzen potenzieller Lehrlinge und Unternehmen, dem

Austausch mit interessierten Partnern über mögliche Ausbildungspartnerschaften mit Drittländern bis hin zu einem HTL-Roundtable. Denn sicher ist: Die Herausforderung Fachkräftemangel ist – alleine schon wegen der demografischen Entwicklung – die entscheidende Zukunftsfrage.



Foto: AdobeStock

Ökosoziale Steuerreform: Ausgewogenes Paket mit verpassten Chancen

Was bringt das neue Jahr? Mit der Umsetzung der ökosozialen Steuerreform kommen eine neue CO₂-Bepreisung, die Entlastung des Faktors Arbeit und die Stärkung von Unternehmen. Beschlossen werden soll das Anfang 2022.

Im November ging eines der wichtigsten Projekte der Regierung, die ökosoziale Steuerreform, in Begutachtung. Anfang nächsten Jahres ist der Beschluss im Nationalrat vorgesehen, die einzelnen Maßnahmen sollen dann ab 1. Jänner 2022 und stufenweise in den kommenden Jahren umgesetzt werden.

Bereits nächstes Jahr startet die CO₂-Bepreisung – zunächst mit einer Fixpreisphase

von 30 Euro pro Tonne CO₂, die schrittweise auf 55 Euro bis 2025 steigt. Analog zur deutschen Regelung soll der CO₂-Preis ab dann durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden. Die IV hat darauf hingewiesen, dass damit auf energieintensive Unternehmen eine erhebliche Mehrbelastung zukommt. Die Industrie setzt sich daher weiterhin für eine umfassende Carbon-Leakage-Regelung und eine treffsichere Härtefallregelung ein. Verordnungen sollen diese im Detail regeln, die

IV wird sich hier intensiv einbringen. Betroffen sind vor allem jene Bereiche mit hoher Wettbewerbsintensität zu Ländern außerhalb der EU, wo in der Regel unter deutlich niedrigeren ökologischen und sozialen Standards als in Österreich produziert wird. Daher plädiert die IV dafür, beim Pfad zur CO₂-Bepreisung die Besonderheiten der einzelnen Branchen stärker zu berücksichtigen.

Entlastung des Faktors Arbeit, aber mehr Bürokratie

Für die Industrie war zudem wichtig, dass der Faktor Arbeit entlastet wird: Die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer um 3,9 Mrd. Euro, die Erhöhung des Familienbonus und die steuerfreie Mitarbeitererfolgsbeteiligung sind Schritte in die richtige Richtung.

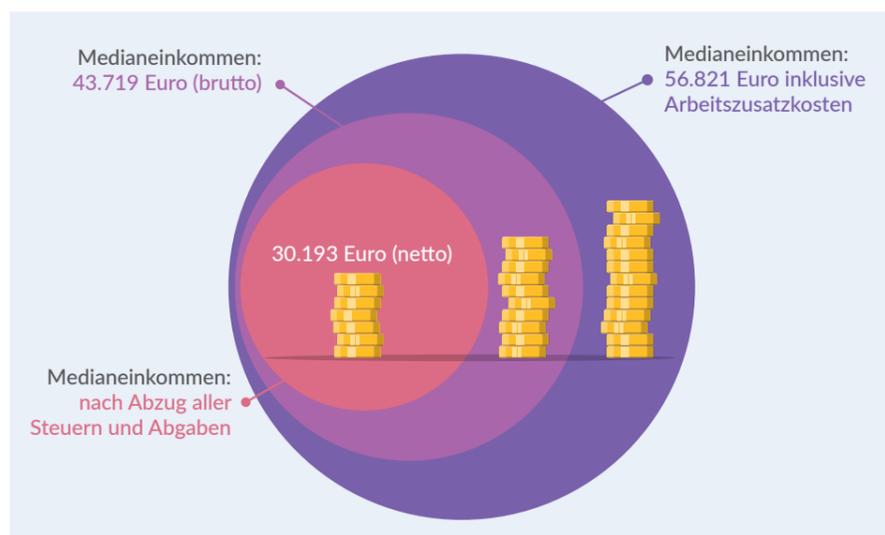
Dass weitere notwendig sind, damit „mehr Netto vom Brutto“ bei den Arbeitnehmern ankommt, verdeutlicht ein Blick auf die Steuerstatistik: 43.719 Euro brutto trägt das österreichische Medianeinkommen. Inklusive Lohnnebenkosten muss ein Unternehmen dafür 56.821 Euro zahlen. Nach Abzug aller Steuern und Abgaben bekommt der Mitarbeiter am Ende des Jahres nur 30.193 Euro. Oder anders gesagt: Mehr als 26.000 Euro bzw. 47 Prozent zwingt der Staat ab. Entlastungspotenzial ortet die IV daher bei den Lohnnebenkosten, etwa durch eine Reduktion

der Unfallversicherungsbeiträge oder die Abschaffung der Zweckentfremdung von FLAF-Mittel. Entlastung wäre auch bei der Bürokratie ein Gebot der Stunde. Gerade bei der Lohnverrechnung wurden und werden die administrativen Hürden größer.

Unternehmen werden seit 2005 erstmals entlastet

Die letzte tatsächliche Entlastung für Unternehmen erfolgte im Zuge der Körperschaftsteuersenkung im Jahr 2005. Die schrittweise Senkung der Körperschaftsteuer auf 23 Prozent ab 2023, die Einführung eines Investitionsfreibetrags mit ökologischer Komponente, die Anpassung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro und viele weitere Punkte bedeuten eine positive Trendumkehr zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes.

Auch wenn weitere sinnvolle Maßnahmen, wie die Abzugsfähigkeit fiktiver Eigenkapitalzinsen und die Behaltefrist für Wertpapiere vermisst werden, handelt es sich um ein ausgewogenes Paket, das den österreichischen Standort stärken wird. Nach dem Beschluss der Steuerreform muss der Fokus allerdings schon wieder nach vorne gerichtet sein, um das im Regierungsprogramm verankerte Ziel einer Senkung der Abgabenquote auf 40 Prozent auch tatsächlich zu erreichen.



Der Steuer- und Abgabenkeil in Österreich ist nach wie vor zu hoch. 47 Prozent der erwirtschafteten Arbeitskosten für einen Mitarbeiter bzw. für eine Mitarbeiterin mit Medianeinkommen fließen an den Staat.

Wie Österreich bis 2030 als Top-Digitalnation etabliert werden kann

Beim ersten „IV-Forum Digitale Transformation“ befassten sich Expertinnen und Experten mit den Megathemen Künstliche Intelligenz (KI), Cybersecurity und den Potenzialen der Datennutzung.

In seinem Eingangsstatement verwies IV-Präsident Georg Knill auf die digitale Dividende, von der digital fortgeschrittene Unternehmen profitieren. So belegen Studien für diese einen gesteigerten Umsatz, mehr Investitionen und eine höhere Attraktivität für Beschäftigte. Die IV hat im Frühjahr den Aktionsplan „Digital.Erfolreich.Industrie. – Transformation zum digitalen Österreich 2030+“ vorgelegt. Für die Industrie gilt es,

die darin formulierten Digitalisierungsmaßnahmen nun zu verdichten und mit hohem Tempo umzusetzen. Das ambitionierte Ziel lautet: Österreich soll bis zum Jahr 2030 unter den Top 3-Digitalnationen in Europa etabliert sein.

Über den Weg dorthin diskutierten Expertinnen und Experten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft beim ersten „IV-Forum Digitale Transformation“ im Haus der Industrie. Für Digitalisierungsministerin Margarete Schramböck brauchen Megatrends wie KI, Cybersicherheit oder Big Data eine entsprechende politische Begleitung, etwa durch strategische Beteiligung an internationalen Initiativen, wie Gaia-X, bei der sich Österreich aktiv einbringen wird.

Das KI-Panel war Weckruf, rasch eine moderne KI-Infrastruktur in Österreich aufzubauen, Testmöglichkeiten zu schaffen, KI-Forschungsförderung zu intensivieren und ein innovatives Ökosystem aus Wissenschaft, Start-ups und etablierten Unternehmen zu ermöglichen. Zudem braucht es Rechtssicherheit und Vertrauen, Guidance für Entwickler und Anwender sowie „state of the art“-Ausbildungen“. Ein wesentlicher Hebel ist die zeitnahe Umsetzung der Maßnahmen der KI-Strategie der Bundesregierung.

Bei Cybersecurity bestand Konsens, wie wichtig internationale Kooperation ist, etwa im Rahmen der EU-Cybersicherheitsstrategie. Entscheidend sind zudem Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung, der Aufbau resilienter Infrastrukturen und zeitgemäße Cybersecurity-Ausbildungen. Für den Fall eines Cyberangriffs ist die Stärkung eines Single-Point-of-Contacts, der unbürokratisch und rasch betroffenen Unternehmen Unterstützung leistet, essenziell.

Im dritten Panel diskutierten Expertinnen und Experten den Aufbau von Datenräumen und die europäische Dateninitiative Gaia-X mit ihren Federated Services als Softwarebrücke über Datensilos für Datenaustausch und Datensouveränität. Um die entstehenden Chancen zu nutzen, müssen Innovationspotenziale erkannt, use cases umgesetzt, Vertrauen und Awareness geschaffen sowie Unklarheiten im Bereich des Datenschutzes abgebaut werden.

Das „IV-Forum Digitale Transformation“ bildete den Auftakt für weitere Veranstaltungen zum Thema. Damit sollen relevante Akteure stärker vernetzt und das Fortschreiten der digitalen Transformation mit Nachdruck forciert werden.

IV-DIGITAL



IV-Präsident Georg Knill mit Digitalisierungsministerin Margarete Schramböck beim ersten „IV-Forum Digitale Transformation“



Welche Chancen und Herausforderungen mit KI verbunden sind – darüber diskutierten v.l.n.r.: Martin Ulbrich (Europäische Kommission), Michaela Jungwirth (Accenture), Sepp Hochreiter (Johannes Kepler Universität Linz), Henriette Spyra (BMK), Alexander Schillinger (RHI Magnesita), Hannes Androsch (AR-Vorsitzender AT&S)



GENEHMIGT!

Zukunft schneller genehmigen

Ausufernde Genehmigungsverfahren verzögern nicht nur die Energie- und Mobilitätswende, sondern behindern den gesamten Standorterfolg. Die Industriellenvereinigung setzt sich dafür ein, dass Österreich Zukunftsprojekte viel schneller genehmigen muss.

Wer A sagt, muss auch B sagen: Dieser Zusammenhang ist manchen Entscheidungsträgern in Österreich nicht ausreichend bewusst. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Energiewende und ihre infrastrukturellen Voraussetzungen: Bis 2030 soll bekanntlich Strom in Österreich zu 100 Prozent aus erneuerbarer Energie erzeugt werden. Dafür sind zusätzliche 27 Terawattstunden aus erneuerbaren Quellen notwendig – rund 50 Prozent mehr als heute und über zwei Drittel davon aus volatilen, dargebotsabhängigen (das heißt die Stromproduktion hängt vom Wetter ab) Erneuerbaren. „Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, braucht es umgerechnet 425 zusätzliche Windkraftwerke der größten Onshore-Turbinenklasse, Photovoltaik auf zusätzlichen 110 km² Fläche und 61 neue Wasserkraftwerke der Größe des Murkraftwerkes – und das in weniger als neun Jahren. Bis jetzt ist nichts davon genehmigt“, rechnet IV-Präsident Georg Knill vor. Wie weit der Weg bis zur 2040 angestrebten Klimaneutralität ist, verdeutlichen IV-Berechnungen: Um den gesamten Energieverbrauch bis dahin aus erneuerbaren Quellen zu decken, bräuchte es mindestens 60 zusätzliche Wasserkraftwerke in der Größenordnung des Donaukraftwerks Freudenau oder 120 bis 200 neue große Pumpspeicherkraftwerke.

Mehr Tempo gefragt

Angesichts des derzeitigen Tempos bei Genehmigungsverfahren wird das allerdings ein Ding der Unmöglichkeit sein. Knill: „Die Energiewende kann nur gelingen, wenn das Tempo bei Genehmigungsverfahren ebenso ehrgeizig ist, wie das 100-Prozent-Ziel des Erneuerbaren Ausbau-Gesetzes.“ Wie industrierelevant mehr Konsequenz in infrastrukturellen Fragen ist, zeigt das Beispiel der voestalpine: Bis 2030 will das Unternehmen seine Emissionen in einem ersten Schritt gegenüber dem Status quo vor der Corona-Krise um 30 Prozent senken. Das entspricht rund fünf Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen Österreichs. Für den Umstieg von klassischen Kohlehochofen auf elektrifizierte Produktion braucht es aber ein entsprechend leistungsfähiges Stromnetz für die Standorte Linz und Donawitz. Fehlt es, steht das gesamte Projekt auf dem Prüfstand.

Durchschnittliche Dauer von UVP-Verfahren verdoppelt

Eine ähnliche Problematik existiert mit Blick auf die angestrebte Mobilitätswende. Sie

ist nur auf Basis einer modernen Verkehrsinfrastruktur möglich. „Neben notwendigen Verkehrsrouten für das Exportland Österreich geht es auch um den Ausbau von E-Ladestationen oder um den Umstieg in Richtung nachhaltiger Transporte per Bahn. Die Umsetzung all dieser wichtigen Straßen-, Schienen- und Strominfrastrukturprojekte ist ein Schlüssel für wirksamen und zukunftsfähigen Klimaschutz. Dafür müssen diese Vorhaben aber zeitgerecht umgesetzt werden, was bisher nicht möglich ist“, kritisiert IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren. Die Entwicklung der Dauer von Genehmigungsverfahren spricht eine klare Sprache: Zwischen 2014 und 2018 hat sich die durchschnittliche UVP-Verfahrensdauer verdoppelt, während die Zahl der Anträge um die Hälfte zurückging.

Gefahr für Wettbewerbsfähigkeit

Aber nicht nur mit Blick auf Umweltfragen sind ausufernde Genehmigungsverfahren zur schweren Hypothek für die Zukunft des Standortes geworden. „Jahre- bzw. sogar jahrzehntelang dauernde Verfahren stellen mittlerweile eine substantielle Bedrohung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes dar“, bringt IV-Präsident Georg Knill das Problem auf den Punkt. In Österreich wird es zunehmend komplexer, unsicherer, langwieriger und kostenintensiver, wichtige Infrastruktur- und Standortprojekte zu realisieren. Darunter leiden übrigens nicht nur die Unternehmen – auch die öffentliche Hand steht sich mit überbordenden Verfahren selbst im Weg. Beispiele dafür sind etwa das Genehmigungs-

verfahren zur dritten Piste am Flughafen Wien Schwechat mit zwölf Jahren Verfahrensdauer, das Speicherkraftwerk Kühtai mit rund zehn Jahren, oder die erst letzten Herbst höchstgerichtlich entschiedene

„Es geht darum, Verfahren effektiv zu straffen und effizienter zu gestalten – und nicht darum, das Umweltschutzniveau abzusenken.“

Georg Knill
IV-Präsident

380-kV-Leitung in Salzburg. Nach rund 15 Jahren Gesamtdauer konnte im Sommer die Netzabstützung Villach Süd offiziell in Betrieb genommen werden. Die Verzögerungen sind auch für die Konsumenten teuer: Allein die fehlenden Leitungskapazitäten durch die jahrelang verzögerte Salzburgleitung kosten Österreichs Stromkunden rund zehn Millionen Euro im Monat. Doch dabei geht es bei weitem nicht nur um den notwendigen Ausbau der Energie- oder Verkehrsinfrastruktur. Auch wichtige Industrie-Investitionen können wegen endlos langen Verfahren nicht umgesetzt werden. Seit mehr als 18 Jahren wartet beispielsweise ein heimischer Zementhersteller auf die Genehmigung, seine Kapazitäten zu erweitern. Bei einem weiteren Industriebetrieb verzögert sich der Bau des nächsten Deponieabschnitts, weil es keinen passenden Amtssachverständigen gibt. „Diese Beispiele ließen sich noch lange fortführen, sie kosten den Unternehmen nicht nur viel Geld und verhindern somit Investitionen, oft auch in den Klimaschutz. Sie gefährden auch Arbeitsplätze“, so Koren.

Auch E-Autos fahren auf Straßen

In die völlig verkehrte Richtung geht es außerdem, wenn Projekte, die über viele Jahre ausführlich und nach gesetzlich festgelegten Verfahren geprüft und letztendlich bereits genehmigt sind, durch politisch motivierte, intransparente Evaluierungsprozesse abgedreht werden. So ist die Ankündigung

„Neben notwendigen Verkehrsrouten für das Exportland Österreich geht es auch um den Ausbau von E-Ladestationen oder um den Umstieg in Richtung nachhaltiger Transporte per Bahn.“

Peter Koren
IV-Vize-Generalsekretär



„HEHRE ZIELE REICHEN NICHT“

Rudolf Zrost, IV-Ausschussvorsitzender für Energie, Ressourcen und Ökologie, über ökologische Wünsche und infrastrukturelle Fakten.

INTERVIEW



ZUR PERSON:

Rudolf Zrost ist Geschäftsführer der Leube Zement GmbH in St. Leonhard bei Salzburg. Seit 2019 leitet er den IV-Ausschuss für Energie, Ressourcen und Ökologie. Hier beschäftigen sich Vorstände und Führungskräfte heimischer Industriebetriebe und Energieversorger mit einer Vielzahl an industriepolitisch höchst relevanten Themen: angefangen von der aktuellen Energie- und Klimapolitik über Fragen zur Energieeffizienz, erneuerbaren Energie sowie Energie- und Umwelttechnologie, bis hin zu aktuellen Entwicklungen bei rohstofflichen Ressourcen und Kreislaufwirtschaft sowie Anlagen- und Umweltrecht.

Welche Rolle spielt die Industrie aus Ihrer Sicht bei der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft?

Wir sind die Lösung, nicht das Problem. Wer, wenn nicht die Industrie, wird all jene Infrastrukturen bauen, die ein neues Energiesystem ausmachen? Nur durch neue, innovative Lösungen und Technologien wird es möglich sein, zu dekarbonisieren. Die Industrie ist der Enabler, der „Ermöglicher“ der Transformation – allen voran heimische Industriebetriebe. Österreichs Industrie gehört bereits heute zu den Weltmeistern in Sachen Klimaschutz und nachhaltiger Produktion – etwa bei Stahl, Papier und Zement.

Was erwarten Sie von der Politik?

Unterstützung und keine unnötigen Hürden. Es ist notwendig, auf Marktmechanismen und Technologieoffenheit zu setzen, statt auf Verbote und Verzicht. Die langfristige Dekarbonisierung der Industrie ist mit massiven Mehrkosten verbunden, innovative Lösungen müssen gefördert werden. Wir brauchen einen ausreichend dotierten Industrie-Dekarbonisierungs-Fonds insbesondere für die energieintensive Industrie durch die Bundesregierung. Vor allem aber brauchen wir eine ehrliche Debatte über die Herausforderungen und Voraussetzungen der

Transformation. Grundvoraussetzung der Transformation ist die gesicherte Verfügbarkeit von ausreichenden Mengen erneuerbarer Energie zu wettbewerbsfähigen Kosten.

Was heißt das konkret?

Wir sprechen gern über Positivthemen wie Klimaziele und Ausbau der erneuerbaren Energien. Weniger oft werden problematische Punkte angesprochen, wie etwa die steigende Blackoutgefahr. Ein Tag ohne Strom kostet die österreichische Volkswirtschaft rund eine Milliarde Euro. Um Blackouts dauerhaft sicher vermeiden zu können, muss der Ausbau erneuerbarer Energieproduktion vom zügigen Ausbau entsprechender Infrastrukturen begleitet werden. Wir brauchen also die Verstärkung und Flexibilisierung des Netzausbaus sowie eine Beschleunigung bei Genehmigungsverfahren. Die Energiewende wird nur gelingen, wenn die dafür notwendige Energie-Infrastruktur rasch ausgebaut wird. Hehre Ziele allein reichen nicht.

Was wird Ihrer Erwartung nach passieren, wenn die Genehmigungsverfahren so lange dauern wie bisher?

Es kann nicht sein, dass ein Projekt sämtliche gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt – und

Es kann nicht sein, dass ein Projekt sämtliche gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt – und Genehmigungen werden trotzdem verzögert oder gar versagt.

Genehmigungen werden trotzdem verzögert oder gar versagt. Dadurch wird auch bei akribischer Vorbereitung und präziser Planung eine volkswirtschaftlich sinnvolle Umsetzung verhindert. Die daraus resultierende Rechts- und Planungsunsicherheit führt im schlimmsten Fall dazu, dass wichtige Zukunftsinvestitionen gänzlich ausbleiben. Das können und dürfen wir uns nicht leisten.

von Bundesministerin Leonore Gewessler, wichtige und notwendige Infrastrukturvorhaben einzustellen, ein massiver Rückschlag für Standort, Menschen und Arbeitsplätze und grenzt hart an politische Willkür. Beispiel Lobautunnel: Das gesamte Genehmigungsverfahren hat bislang über 150 Monate statt wie ursprünglich angekündigt 18 Monate gedauert und wurde im Juni von Höchstgerichten bestätigt. Nun wird es nach nicht einmal sechs Monaten Evaluierung gestoppt. „Auch in Zukunft wird es individuelle Mobilität wie auch Warenverkehr geben – natürlich klimaschonend und effizient, sichergestellt durch neue Technologien und Innovationen. Dazu braucht es aber auch ausgebaute Verkehrswege – auch E-Autos fahren auf Straßen“, betont Knill. Leidtragende des Baustopps sind vor allem die Menschen, die weiter viel Zeit im Stau verlieren, oder Anrainer, weil der Verkehr sich nun auf kleinere Straßen verlagert.

Vorschläge rasch umsetzen

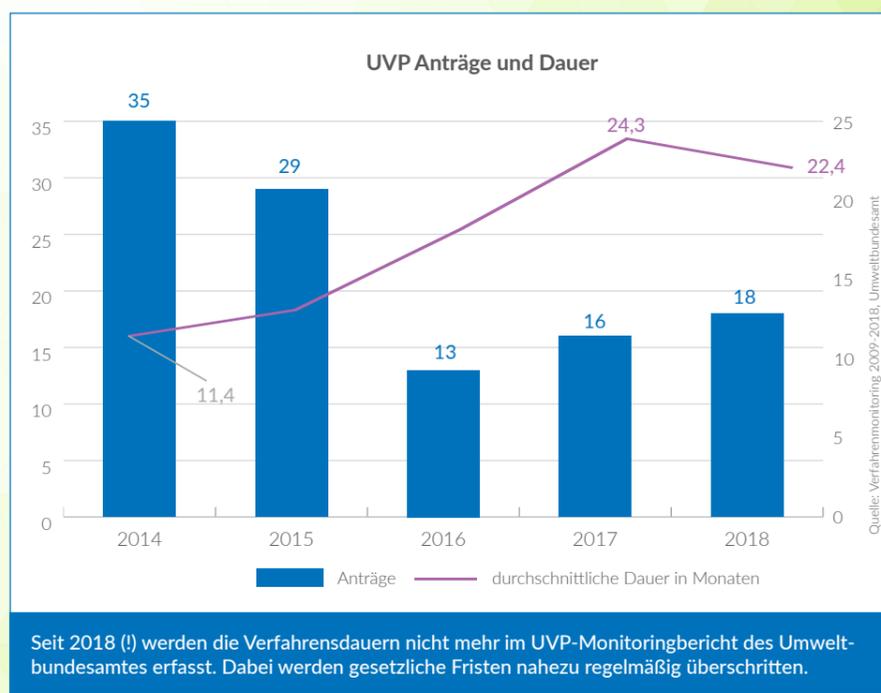
Klar ist: Das Thema sind nicht fehlende Verfahrensfristen. Diese sind gesetzlich etwa im UVP-Gesetz verankert. IV-Präsident Georg Knill: „Das Problem ist, dass diese gesetzlichen Fristen nahezu regelmäßig um ein Vielfaches überschritten werden – und das ohne jegliche Konsequenz!“ Die IV fordert, dass die zahlreichen, bereits am Tisch liegenden Vorschläge für kürzere Verfahren zügig umgesetzt werden und Gesetze, die eine Beschleunigung für Projekte im

besonderen öffentlichen Interesse vorsehen, gezielt genutzt werden – Stichwort Standort-Entwicklungsgesetz. Ansätze zur Verfahrensbeschleunigung finden sich zudem punktuell im Regierungsprogramm. Handlungsbedarf für mehr Rechts- und Planungssicherheit für Projektwerber gibt es insbesondere im Allgemeinen Verwaltungsverfahren, bei Umweltverträglichkeitsprüfungen und bei den Verfahren vor den Verwaltungsgerichten. Koren: „Vor allem muss das mutwillige Verschleppen von Verfahren bzw. Rechtsmissbrauch verhindert werden.“ Hintergrund: Im Gegensatz zum Zivilprozess können neue Tatsachen- und Beweisanträge im Verwaltungsverfahren in fast jeder Lage des Verfahrens vorgebracht werden. „Dies führt dazu, dass jeder zu jeder Zeit alles einwenden kann“, berichtet Koren.

UVP-Novelle nutzen

Auch im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeit leistet sich Österreich – im Unterschied zum Zivilprozess – den Luxus, das gesamte Administrativverfahren zu wiederholen, statt eine sogenannte „Prozessstoffpyramide“ zu bilden, wo tatsächlich nur mehr die im Rechtsmittel aufgegriffenen Teile gerichtlich überprüft werden. Die angekündigte UVP-Novelle muss dringend für Verfahrensbeschleunigungen genutzt werden, fordert der IV-Vize-Generalsekretär. Die Industrie hat daher frühzeitig Initiativen gesetzt. Die IV konsolidiert derzeit ihre Forderungen mit weiteren Playern aus der

Wirtschaft bzw. Energiewirtschaft zu einem umfassenden Forderungspapier. IV-Präsident Knill betont: „Es geht darum, Verfahren effektiv zu straffen und effizienter zu gestalten – und nicht darum, das Umweltschutzniveau abzusenken. Ohne den Ausbau von Kraftwerken, Netzen und Speichern gibt es jedenfalls keine Energiewende, keine Versorgungssicherheit, keine Dekarbonisierung der Industrie und auch weniger Wohlstand und Arbeitsplätze für die Zukunft.“





MINT-Girls – Mädchen, die die Welt verändern

Mehr als 100 Mädchen haben mit ihren Ideen für die Zukunft an der ersten MINT-Girls Challenge 2021 teilgenommen. Bei der Abschlussfeier wurden zwölf Gewinnerinnen ausgezeichnet.

MINT bedeutet Zukunft. Kaum ein anderer Bildungs- und Qualifikationsbereich ist mit größeren Chancen und Perspektiven verbunden als Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, kurz MINT. Einerseits sind die MINT-Disziplinen die Voraussetzung für Forschung, Technologie und Innovation – die Grundpfeiler des Wohlstandes Österreichs. Andererseits werden die großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie etwa der Klimawandel oder die digitale Transformation nur mit Hilfe von Techniklösungen zu bewältigen sein. In der Technik liegt also die Zukunft. Den Schlüssel dazu halten die Techniktalente in ihren Händen. Leider entscheiden sich aber noch immer viel zu wenige Mädchen und Frauen für eine MINT-Karriere, obwohl gerade hier die größten Möglichkeiten warten. Lediglich ein Viertel aller hochqualifizierten Wissenschafts- und Technikjobs sind in Österreich durch Frauen besetzt.

Die heuer erstmals durchgeführte MINT-Girls Challenge möchte hier gegensteuern und Aufbruchstimmung schaffen. Eine gemeinsame Initiative des

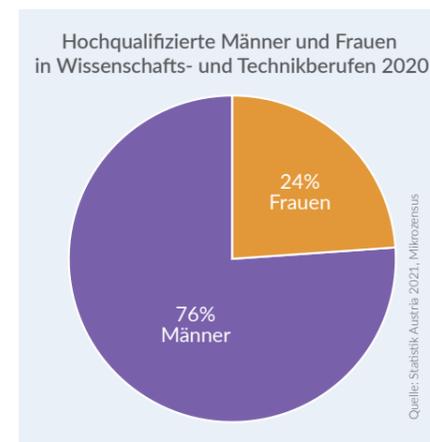


V.l.n.r.: IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka, Familienministerin Susanne Raab und Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck mit MINT-Girls-Preisträgerinnen

Wirtschaftsministeriums, des Familienministeriums und der Industriellenvereinigung setzt sich zum Ziel, Rollenbilder und Stereotype aufzubrechen. Zudem soll sie zu einer Auseinandersetzung mit dem Thema „Mädchen und junge Frauen in den MINT-Fächern“ anregen. Mehr als 100 Mädchen zwischen drei und 18 Jahren

– auch in gemischten Teams – nahmen am österreichweiten Wettbewerb teil. Bei der feierlichen Preisverleihung mit den zwölf Gewinnerinnen im November fasste IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka den Grundgedanken des Wettbewerbs zusammen: „Die MINT-Girls Challenge zeigt, dass technische Berufe schon lange keine

reine Männerdomäne mehr sind. Egal ob Frau oder Mann – wer MINT kann, kann die Welt verändern!“ Die MINT-Girls Challenge wurde von einer Reihe namhafter Industrieunternehmen unterstützt, die die Gewinnerinnen zu persönlichen MINT-Erlebnissen in ihre Unternehmen einladen: A1, Boehringer Ingelheim, Fill, Fronius, Infineon, Lukoil, MIBA, Microsoft, Palfinger, TTTech und voestalpine.



Nur ein Viertel aller hochqualifizierten Wissenschafts- und Technikjobs sind in Österreich durch Frauen besetzt.

AKTUELLES IN KÜRZE

Digitale Grundbildung ab nächstem Schuljahr Pflichtgegenstand

Ab nächstem Schuljahr soll Digitale Grundbildung ein Pflichtgegenstand in den ersten vier Klassen AHS-Unterstufe und Mittelschule werden. Das sieht eine Regierungsvorlage vor, die im November dem Unterrichtsausschuss zugewiesen wurde. Derzeit wird das Fach als verbindliche Übung unterrichtet – das bedeutet, dass alle Schülerinnen und Schüler teilnehmen müssen. Sie bekommen aber keine Noten. Die digitale Bildung aufzuwerten ist für die Industrie die richtige Maßnahme zum richtigen Zeitpunkt. Digitalisierung ist mehr, als das bloße Anschaffen von Geräten. Die Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals und ein geplantes Lehramtsstudium sind dabei bedeutende Teile des vorgelegten Gesamtpakets. Wichtig ist, den Schülerinnen und Schülern die entscheidenden Kompetenzen für die modernen Lebens- und Arbeitswelten mitzugeben. Denn ohne Digitalisierung, Naturwissenschaften und Technik keine Zukunft. Schon heute – auch während der Corona-Krise – haben drei von vier Industrieunternehmen Personalprobleme in diesen Bereichen, Tendenz weiter

steigend. Doch auch im persönlichen Bereich werden digitale Kompetenzen immer wichtiger, um die stetig komplexer werdende Welt zu verstehen und aktiv an der Gesellschaft teilhaben zu können.



Wissens- und Technologietransfer – Grundlage für den Erfolg von morgen

Ein proaktiver Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bildet die Grundlage, um neue zukunftsträchtige Ideen und Technologien erfolgreich in den Markt und die Gesellschaft zu bringen. Das Institute of Science and Technology Austria (IST Austria) hat sich zum Leuchtturm der österreichischen Forschungslandschaft und der internationalen Spitzenforschung entwickelt.

Daher stand der Science-Industry Talk mit dem Thema „Translating Science into Business – Lessons from an Emerging Ecosystem“ des IST Austria in Kooperation mit der Industriellenvereinigung ganz im Zeichen des Technologietransfers. Wie können das IST Austria und andere Forschungseinrichtungen durch den Technologietransfer einen positiven gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Impact erzielen? Darüber diskutierten Simon Johnson (MIT Sloan School of Management, Global Entrepreneurship Lab), Werner Lanthaler (Evotec), Stefanie Lindstaedt (Know Center, TU Graz) und Daniela Buchmayr (Sarcura).



Spin-off Austria Conference 2021

Die Industriellenvereinigung unterstützte in diesem Jahr die Spin-off Austria Conference, die im November über die Bühne ging. Ziel der Konferenz ist der raschere Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in den Markt durch Ausgründungen aus Forschungseinrichtungen. Dies unterstützt zentrale Forderungen

der FTI-Strategie 2030 wie die Stärkung des entrepreneurial spirits an Hochschulen und die Forcierung von Spin-off-Gründungen. Zentrale Fragestellungen waren etwa die Zusammenarbeit von Start-ups und Leitbetrieben oder die aktuellen Entwicklungen im österreichischen Technologietransfer. Es diskutierten unter anderem Georg List

(AVL), Georg Kopetz (TTTech) und Elmar Pichl (BMBWF) mit nationalen und internationalen Expertinnen und Experten. IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka (Infineon Technologies Austria) war Mitglied der Jury des Leading Austrian Institutions Awards, der besonders gründungsaffine Forschungseinrichtungen auszeichnet.

GEWINN-Jungunternehmerpreis 2021 vergeben

Pandemiebedingt fand die Preisverleihung heuer online statt. Die JI konnte den Preis für die Kategorie „Export“ an die doing circular gmbh übergeben.

Auch heuer hatten sich zahlreiche Teams für den GEWINN-Jungunternehmerpreis beworben. Es sei sehr erfreulich, dass „wir in Österreich viele Menschen haben, die tolle Ideen haben und auch fähig sind, diese mit Fleiß und Hartnäckigkeit in vermarktbar Produkte oder Dienstleistungen zu verwandeln. Das macht mich mit Blick auf unsere Zukunft als Wirtschaftsstandort sehr zuversichtlich“, so JI-Bundesvorsitzender Matthias Unger.

Die Junge Industrie hat heuer den Sonderpreis für die Kategorie Export gesponsert. In dieser Kategorie hatte am Ende das Unternehmen plasticpreneur / doing circular gmbh die Nase vorn. Die Firma strebt heuer mit elf Mitarbeitern einen Umsatz von 800.000 Euro an, 99 Prozent davon werden im Export erzielt. Sören Lex hatte das Unternehmen gemeinsam mit Raphaela Egger, Florian Mikl und Boris Rauter erst 2020 gegründet. Mittlerweile sind bereits in beinahe 60 Ländern die Maschinen von plasticpreneur im Einsatz, mit denen Plastik recycelt und zu neuen Produkten geformt werden kann. „Die Kombination von Nachhaltigkeit



Friedrich Ruhm vom Magazin GEWINN moderierte die Online-Veranstaltung.

und Export hat mich persönlich überzeugt – diese Verbindung hat großes Zukunftspotenzial“, so Unger.

Hauptgewinner des diesjährigen Wettbewerbs war GoStudent. Begonnen hatte das Unternehmen der Gründer Felix Ohswald und Gregor Müller eigentlich als WhatsApp-Service für Schulfragen. Mittlerweile gehört das Start-up mit einer Bewertung von mehr als 1,4 Milliarden Dollar zu den wertvollsten

heimischen „Unicorns“. Die Plätze zwei und drei gingen an Tubolito sowie Refurbed. Zudem wurden noch Preise für die Kategorien „Hightech“, „Umwelt & Umweltechnologie“ sowie „Idee des Jahres“ vergeben.

WEBTIPP

Alle Infos zu den Preisträgern sowie ein Video der Preisverleihung finden sich unter: www.gewinn.com



Eigenverantwortung anyone?

Österreich ist wieder im Lockdown, 2021 endet so wie 2020. Zeit, Hausaufgaben zu erledigen.

Als 2020 zu Ende ging, hatten fast alle ein Gefühl: 2021 kann ja nur besser werden. Ende Sommer bzw. Anfang Herbst hatten wir alle den Eindruck: Endlich wird es besser. Mit Blick auf die JI-Bundestagung in Krems habe ich selbst hier von der „Rückkehr zur Normalität“ geschrieben. Langsam, aber sicher, so schien es, würden wir nun endlich den Corona-Wahnsinn überwinden.

Dementsprechend ernüchternd ist der Ausblick auf das Ende dieses Jahres. Schon wieder befinden wir uns in einem Lockdown. Anders als 2020 ist nur, dass die Gesellschaft noch gespalten ist denn jemals zuvor. Und dass inzwischen auch seitens der Politik eine gewisse Verzweiflung spürbar ist – Stichwort Impfpflicht ab Februar des kommenden Jahres. Wenn es mit Eigenverantwortung nicht funktioniert, dann müssten eben Zwangsmaßnahmen her – so hört man.

Ob nun sinnvoll, notwendig oder gar unumgänglich: Keiner kann ehrlich darüber froh sein, dass der Staat eine solche Maßnahme ergreifen muss. Dass wir an diesem Punkt angelangt sind, ist auch ein Eingeständnis des politischen Scheiterns. Vielmehr ist es aber ein trauriges Urteil über unsere Fähigkeit zur Eigenverantwortung. Da haperts offenbar. Einerseits rächt sich gerade hierzulande auch, dass jahrzehntelang Wissenschaftskeptis geradezu befördert wurde, geduldet sowieso. In einem Land, in dem Energetiker und Wüschelrutengeher beim Neubau von Krankenhäusern zu Rate gezogen werden, darf man sich eigentlich nicht wundern, wenn Menschen angesichts einer „neuen Impftechnologie“ erstmal skeptisch bis abweisend sind. Gesellschaftspolitisch gilt es hier viel zu adressieren. Notwendig ist aber ebenso, dass sich jeder selbst an die Nase fassen wird müssen. Dass die Freiheit des Einzelnen eben nicht grenzenlos ist, sondern dort endet, wo es das Leben anderer betrifft, scheinen viele vergessen zu haben. Ein anderes Wort für „den Staat“ lautet bezeichnenderweise auch „Gemeinwesen“. Es ist an der Zeit, dass wir uns eine Frage stellen, die John F. Kennedy einmal treffend formuliert hat: „Ask not what your country can do for you – ask what you can do for your country.“

In diesem Sinne, hoffen wir auf 2022 – und ein bisschen mehr Normalität.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

Die Pensionskosten steigen drastisch

Laut einem aktuellen Gutachten der Alterssicherungskommission wird der Staat in den nächsten Jahren erheblich mehr Geld für das Pensionssystem aufwenden müssen.

Jedes Jahr muss der Bund mit Steuergeld die Lücke zwischen ausbezahlten Pensionen und eingenommenen Beiträgen schließen. Die Alterssicherungskommission hat in einem aktuellen Gutachten errechnet, wie sich dieser Bundeszuschuss entwickeln wird. Demnach werden die Bundeszuschüsse für die Pensionsversicherung (Arbeitnehmer, Selbstständige, Bauern) bis 2026 um 5,4 Milliarden Euro auf 16,6 Milliarden Euro steigen. Hinzu kommen noch die Pensionsaufwendungen für die Beamten. Zählt man diese dazu, beträgt die budgetäre Belastung des Bundes 2026 bereits 31,2 Milliarden Euro. Dabei seien bereits die heuer anfallenden Kosten von

25,18 Milliarden Euro „viel zu hoch“, wie JI-Bundesvorsitzender Matthias Unger betont. Seit vielen Jahren wurde von nationalen wie internationalen Experten wiederholt vor dem drohenden Kostenanstieg im heimischen Pensionssystem gewarnt.

„Die Politik hat es dennoch nicht einmal versucht, Reformen in Richtung Nachhaltigkeit im Pensionsbereich anzustoßen. Stattdessen werden Jahr für Jahr weitere Pensionszuckerl verteilt“, kritisiert Unger. Es brauche daher dringend echte Automatismen von der jährlichen Anpassung bis zum Eintrittsalter: „Die Politik hat immer wieder bewiesen, dass sie unfähig ist, generationenübergreifend verantwortungsvoll zu handeln. Dafür

werden die jungen Generationen die Zeche bezahlen müssen.“ Aus Sicht der JI wäre der Systemwechsel hin zu einem beitragsorientierten Pensionsmodell die beste Möglichkeit, um für mehr Transparenz und Fairness im Pensionssystem zu sorgen.

JI-FACTBOX

32 Prozent der Steuereinnahmen werden heuer für Pensionen ausgegeben.

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Brigitte Mayr, Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau, Erscheinungsort: Wien, Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Fronius International GmbH, AdobeStock, IV-Burgenland/AdobeStock, IV-Kärnten, IV-NÖ/Günter Peroutka, IV-OÖ/AdobeStock, IV-Salzburg/AdobeStock, IV-Steiermark/Allnex Austria GmbH, IV-Tirol/AdobeStock, IV-Vorarlberg, IV-Wien/ASFINAG

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Industrie kommt relativ glimpflich davon

IV-Chefökonom Christian Helmenstein analysiert die Auswirkungen des vierten Lockdowns auf Wirtschaft und Industrie. Zukunftsprognosen gestalten sich aufgrund der Omikron-Variante derzeit schwierig.

Mit der Omikron-Variante kündigt sich bereits eine neue SARS-CoV-2-Mutante an, die eine weitere COVID-Infektionswelle auslösen könnte. Dabei hält noch die vierte Welle der bisher verbreiteten Varianten das Gesundheitswesen in Atem, sodass die Pandemie aus epidemiologischer Perspektive keineswegs überwunden ist. Anders stellt sich die ökonomische Perspektive dar, verzeichnet die globale Konjunktur doch den stärksten Aufschwung seit fast fünfzig Jahren. Auch in Österreich wurde das Vor-Krisen-Niveau der Wirtschaftsleistung zwischenzeitlich bereits wieder erreicht.



„Die Industrie kommt im Lockdown-4 mit einem Schadensanteil von knapp 6 Prozent relativ glimpflich davon.“

Christian Helmenstein,
IV-Chefökonom

Lockdown-4 mit einem Schadensanteil von knapp 6 Prozent relativ glimpflich davon, da die Betriebe sowohl für die Beschäftigten als auch für Lieferanten und Abnehmer erreichbar bleiben. Dem steht nicht entgegen, dass einzelne Unternehmen auch aus der Industrie neuerlich substantielle Einbußen zu verzeichnen haben.

Wien im Mittelfeld

In regionaler Analyse sind Ober- und Niederösterreich die vom Lockdown-4 wirtschaftlich am geringsten betroffenen Bundesländer. Dies hängt unter anderem mit der hohen Industriequote westlich und einer starken Diversifizierung inkl. einem überdurchschnittlichen Lebensmitteleinzelhandel östlich der Enns zusammen. Wien liegt mit einem Lockdown-4-induzierten Rückgang des Bruttoregionalproduktes von 0,39 Prozent nahezu exakt im Österreich-Durchschnitt. Am höchsten fallen die Verluste hingegen in Tirol und in Salzburg aus.

Geringeres BIP-Wachstum

In welchem Ausmaß ist der Lockdown-4 nun geeignet, den Aufschwung zu beeinträchtigen? Nach unseren Modellberechnungen beläuft sich der wirtschaftliche Gesamtschaden des dreiwöchigen, neuerlichen Einfrierens von Teilen der wirtschaftlichen Aktivität auf 1,54 Milliarden Euro an entgangenem Bruttoinlandsprodukt. Dieser Wert ergibt sich auf der Grundlage eines Bottom-up-Ansatzes mit Sektorprognosen. Dabei berücksichtigt sind sowohl Vorziehen als auch Substitutionseffekte beispielsweise über Click & Collect. Dementsprechend reduziert sich das für das Jahr 2021 für Österreich zu erwartende reale BIP-Wachstum nunmehr auf 4,25 Prozent.

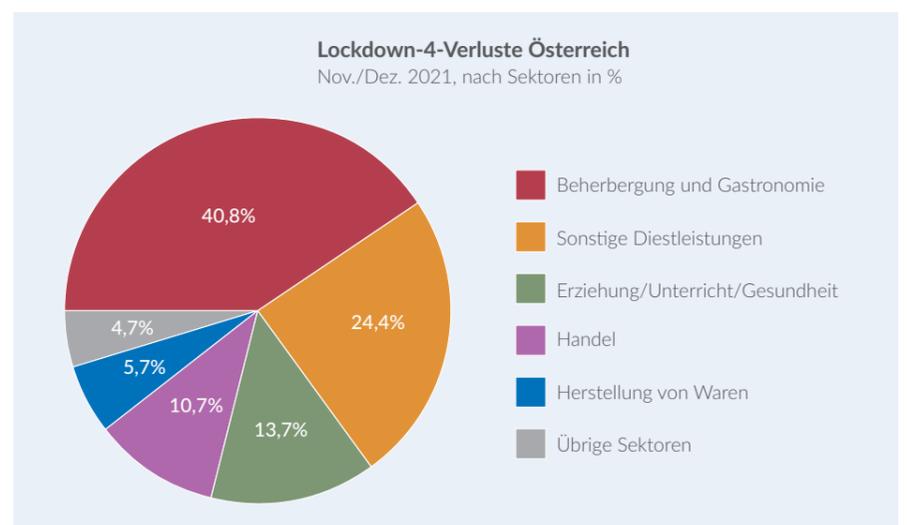
Die Prognose einer im nächsten Jahr mit gleicher Rate expandierenden heimischen Wirtschaft fußt auf der Annahme, dass weder ein neuerlicher Lockdown verhängt werden wird noch die für den österreichischen Tourismus wertschöpfungsmaßig besonders wichtige Wintersaison schon

zur Gänze verloren ist. Dementsprechend werden sowohl inländische als auch ausländische Gäste die heimischen Skigebiete frequentieren. Unter diesen Voraussetzungen wird sich der – bis dato weitgehend industriegetragene – Aufschwung demnächst sektoral verbreitern. Die sich normalisierende Expansionsdynamik in der Industrie wird in zunehmendem Maße von der Tourismus- und Freizeitwirtschaft flankiert werden, der es heuer interventionsbedingt verwehrt war, einen Wachstumsbeitrag zu erwirtschaften.

Tourismus am stärksten betroffen

Hinsichtlich der unterschiedlichen Betroffenheit nach Branchen handelt es sich um ein Déjà-vu, welches mit dem dritten Lockdown weitgehend vergleichbar ist. Im Vergleich zum Lockdown-1 zu Beginn der Pandemie fallen die Unterschiede hingegen markant aus. Seinerzeit hatten die Kultur-, Sport- und Unterhaltungswirtschaft, nahezu ex aequo gefolgt von der Tourismuswirtschaft und der Industrie,

die größten wirtschaftlichen Verluste zu tragen. Gegenwärtig ist vor allem die Tourismuswirtschaft mit über 40 Prozent des Gesamtschadens betroffen, gefolgt von den sonstigen Dienstleistungen mit einem weiteren Viertel. Die Industrie kommt im



Mehr Risikobereitschaft, Wettbewerbsdenken und Eigenverantwortung!

IV-Wien-Präsident Christian C. Pochtler im Gespräch mit den iv-positionen über die Herausforderungen des abgelaufenen Jahres und welche Themen jetzt in Angriff genommen werden müssen.



Sie sind seit Herbst 2019 Präsident der IV-Wien. Welche Zwischenbilanz lässt sich über die ersten zwei Jahre Ihrer Präsidentschaft ziehen?

Als ich mein Amt angetreten habe, hätte ich nie vermutet, dass diese zwei Jahre derart turbulent würden – eine wirkliche Zeitenwende. Selbst wenn man die innenpolitischen Umbrüche der vergangenen Wochen einmal beiseitelässt, haben wir in ganz vielen Bereichen unseres Lebens grundlegende Veränderungen gesehen: von der Gesundheit über die Arbeitswelt bis zu massiven Einschnitten in den Perspektiven vieler Unternehmen. Drastische Versorgungsengpässe in Betrieben, umfassende Restriktionen in der persönlichen Freiheit – selbst für Menschen, die mit Impfungen, Tests und Masken solidarisch ihr Umfeld zu schützen versuchen – und leider ein immer heftigerer Bruch quer durch die Gesellschaft.

Aber nicht alles ist negativ. Die Pandemie hat etwa auch zu einem ungeheuren Digitalisierungsschub geführt, der sonst wohl noch viele Jahre gebraucht hätte. Viele von uns arbeiten heute ganz selbstverständlich digitaler als vor Corona. Erst das Ausweichen in die digitale Welt – in die uns das Virus nicht folgen konnte – hat es uns ermöglicht, ein relativ kontinuierliches Arbeiten zu gewährleisten und auch das Bildungsangebot auf allen Stufen aufrechtzuerhalten. Und die digitale Infrastruktur inklusive der Provider hat die extreme Hochskalierung bravourös gemeistert.

Stichwort „politische Umbrüche“: Wie beurteilen Sie die jüngsten innenpolitischen Entwicklungen?

Als ich vor zwei Jahren IV-Wien-Präsident geworden bin, war noch Brigitte Bierlein Bundeskanzlerin. Seitdem gab es drei Kanzlerwechsel, zwei davon inmitten der größten Gesundheitskrise unserer Generation. Es ist nun allerhöchste Zeit, dass wieder Stabilität, Perspektive und Verlässlichkeit in die österreichische Innenpolitik zurückkehren. In erster Linie natürlich, um endlich diese Pandemie in den Griff zu bekommen, aber auch, damit die Politik, nach all den Irrungen, Wirrungen und dem kleinlichen Hickhack der letzten Jahre, wieder gemeinsam gestalterisch tätig werden kann. Für Standort, Wirtschaft und Industrie braucht es klare und berechenbare politische Verhältnisse. Wir werden die Situation jedenfalls genau beobachten und nach Kräften dazu beitragen, dass die Bundesregierung – in neuer Konstellation – nun wieder in geordneten Bahnen für den Standort und, wie so oft zitiert, für „die Menschen in unserem Land“ arbeiten kann.

Kommen wir wieder zurück zu Corona. Welche Auswirkungen hat die Pandemie auf die Industrie?

Die enormen Disruptionen in den globalen Lieferketten und die vielfältigen Einschränkungen zu Beginn der Krise waren für viele Unternehmen ein unbekanntes Neuland. Nunmehr haben wir mit explodierenden Energiepreisen, Rohstoffmangel und Kos-

tenerhöhungen zu kämpfen, die auch noch 2022 anhalten werden. Gerade die Industrie hat aber ihre Anpassungsfähigkeit unter Beweis gestellt und konnte, durch agiles Management und pragmatische Lösungsorientierung, als Motor der Wirtschaft den Herausforderungen dieser Zeit ohne allzu große Schrammen trotzen.

Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums wird die Nagelprobe sein: Es braucht strategische Investitionen und überzeugende Entwicklungsimpulse – bei F&E, bei einer Fachkräfteoffensive, bei der Digitalisierung. Und es braucht den Mut, „alte Dogmen“ aufzubrechen, zum Beispiel durch eine tiefgreifende Reform des bald nicht mehr zu finanzierenden Pensionssystems – Stichwort „Anpassung des Antrittsalters an die steigende Lebenserwartung“. Mehr denn je benötigen wir für diese Weichenstellungen nach der Pandemie neuen Freiraum für mehr Risikobereitschaft, Wettbewerbsdenken und unternehmerische Eigenverantwortung.

Speziell der Arbeitsmarkt verändert sich stark...

Nicht erst seit der Pandemie sind Unternehmen gefordert, rasch und klug auf Veränderungen am Arbeitsmarkt zu reagieren. Der Fachkräftemangel etwa begleitet uns schon seit geraumer Zeit und stellt viele Betriebe vor große Herausforderungen. Darüber hinaus bemerken wir auch seit Längerem, dass sich die Relevanz des „Arbeitens an sich“ für viele Menschen signifikant verändert. Die Mentalität und Erwartungen der Arbeitnehmer an ihre Jobs sind heute ganz andere als noch in meiner Generation. Faktoren wie Work-Life-Balance, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Company Purpose oder Diversität und Nachhaltigkeit gewinnen bei der Stellenauswahl immer mehr an Bedeutung – dieser Trend hat sich durch die Pandemie weiter beschleunigt.

Um in dieser „New World of Work“ wettbewerbsfähig zu bleiben, braucht es nicht nur die richtigen Rahmenbedingungen, sondern auch wir als Arbeitgeber müssen uns neu erfinden.

Sie fordern auch immer wieder eine „echte“ Steuerreform – mit welchen Eckfeilern?

Die Bundesregierung hat mit der ökosozialen Steuerreform einen ersten wichtigen Schritt in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit bei gleichzeitiger Wahrung unserer Wettbewerbsfähigkeit gesetzt. Aber dabei darf es nicht bleiben. Ein strukturelles Problem ist etwa die „Kalte Progression“, die gerade in Zeiten starker Inflation schleichend an den Einkommen hart arbeitender Menschen nagt. Ich setze mich daher seit Beginn meiner Präsidentschaft vehement für die Abschaffung dieser „Vermögenssteuer für kleine und mittlere Einkommensbezieher“, dieser „Umverteilung von unten nach oben“, ein und werde dies auch weiterhin tun! Die Bundesregierung hat die Abschaf-

fung dieser ungerechten Besteuerung bis zum Ende der Legislaturperiode in Aussicht gestellt, ich werde sie beim Wort nehmen. Darüber hinaus muss auch die lange angekündigte Gleichstellung von Eigenkapital mit Fremdkapital, konkret die Abzugsfähigkeit fiktiver Eigenkapitalzinsen, rasch umgesetzt werden, um Unternehmen eine stärkere Eigenkapitalbildung – und damit eine bessere Krisenvorsorge – zu ermöglichen.

Nach dem Ende der Pandemie wird das Thema „Nachhaltigkeit“ voraussichtlich noch stärker in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit rücken. Sie plädieren hier stets für einen holistischen und pragmatischen Zugang. Was bedeutet das?

Der Klimawandel kann nur durch ein Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte effektiv bekämpft werden – in Österreich, in Europa und weltweit. Dafür ist es notwendig, neben der ökologischen Dimension auch ökonomische und soziale Komponenten mit zu bedenken und all diese Elemente sorgfältig auszutarieren. Das kann nur gelingen, wenn ideologische Scheuklappen abgelegt werden und mehr ergebnis- und technologieoffener Pragmatismus in die politische Entscheidungsfindung Einzug hält.

Die digitale Transformation der Wirtschaft ist in aller Munde.

Was bedeutet das aus Ihrer Sicht?

Die rasche Digitalisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und industrieller Produktion ist ein absolutes Schlüsselziel, um als Wirtschaftsstandort und starker industrieller Player konkurrenzfähig zu bleiben. Im europäischen Vergleich sind wir dabei noch deutlich vom Spitzenfeld entfernt – im Digital Economy and Society Index (DESI) der EU-Kommission etwa liegen wir aktuell nur auf Platz 10.

Hier spielen mehrere Faktoren eine Rolle: Es bedarf z.B. weiterer Investitionen in die digitale Infrastruktur, auch der Fachkräftemangel ist gerade im Digitalbereich besonders gravierend. Eine zentrale Rolle spielen für mich aber Mentalitäts- und Imagefragen. Digitalisierung wird in Österreich leider immer noch oft mit Argwohn beäugt. Diese Vorbehalte müssen zügig abgebaut werden, damit Digitalisierung auch bei uns als Chance für alle begriffen werden kann. Eine langjährige Forderung von mir ist zudem, dass sich Wien noch stärker als „Technologiemetropole von Weltrang“ positionieren muss, um auch langfristig attraktiv für innovative Unternehmen zu bleiben.

Abschließend ist mir noch einmal ganz wichtig zu betonen: Unsere Industrie mit ihren vielfältigen und höchst innovativen Unternehmen war und ist der Motor, der uns durch und aus dieser Wirtschaftskrise gezogen hat. Sollte das nicht Anlass genug sein, dass sich Österreich in Zukunft insgesamt in ein unternehmerfreundlicheres Land entwickelt?